

Sparpaket? Annahme verweigert!

Mit einem Sparpaket will die Bundesregierung den Haushalt in Ordnung bringen. Gespart wird vor allem bei den Schwächsten der Gesellschaft: bei den Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern. Auch die Familien sind betroffen. Besserverdienende und Vermögende werden dagegen verschont. Die Verursacher der Krise – Bankmanager und Finanzspekulantinnen – machen munter weiter.

Deshalb sagen wir: Nein danke, wir lehnen das Sparpaket ab. Es ist unausgewogen, unfair und ungerecht. Wir schicken es an den Absender zurück: Annahme verweigert!



Das Sparpaket umfasst für die Jahre 2011 bis 2014 insgesamt mehr als 80 Milliarden Euro. Knapp zwei Drittel sollen durch Kürzungen hereinkommen, das restliche Drittel durch Steuererhöhungen.

Die soziale Schiefelage des Sparpakets ist gewaltig:

Hohe Einkommen und große Vermögen werden kaum belastet, bei den Schwächsten der Gesellschaft will sich die Regierung über 30 Milliarden Euro holen. Die Kürzungen der Sozialausgaben sind der mit Abstand dickste Brocken im Sparpaket.

Das ist nicht nur ungerecht, es bremst auch die wirtschaftliche Erholung. Wer bei Arbeitslosen und Familien spart, würgt den Konsum und damit die Konjunktur ab. Wer den Haushalt konsolidieren

Auf nach Dortmund!
13. November: Demo und Kundgebung in den Dortmunder Westfalenhallen



Kurswechsel für ein gutes Leben

Von IG Metall-Bezirksleiter Oliver Burkhard



Die Bundesregierung hat ein Sparpaket geschnürt, das in Wirklichkeit ein Spalt-Paket ist. Denn es spaltet die Gesellschaft: Die Schwächeren zahlen die Zeche, die Krisenverursacher bleiben ungeschoren. Die Koalition holt sich das Geld bei denen, die ohnehin nicht viel haben.

Angela Merkel, Guido Westerwelle & Co. wollen uns glauben machen, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt. Sie tun so, als wären die Löcher im Bundeshaushalt durch üppige staatliche Wohltaten entstanden. Nein, die Haushaltslöcher sind vor allem durch eine falsche Politik entstanden.

Dieses Sparprogramm ist nicht nur sozial ungerecht, es ist auch volkswirtschaftlich unsinnig. Es ist ein Anti-Konjunkturprogramm. Es sorgt weder für Wachstum noch für neue Arbeitsplätze. Für mich ist klar: Wenn wir jetzt nicht umsteuern, ist die nächste Krise programmiert. Wir können uns nicht aus der Krise herausparen; wir können aus ihr nur herauswachsen – durch Investitionen in Zukunft, in Bildung und gute Arbeitsplätze. Das wäre mal eine mutige Antwort.

Was wir brauchen, ist ein Kurswechsel – für eine gerechtere Politik. Deshalb mischen wir uns ein! Je mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter wir haben, desto erfolgreicher werden wir diesen Kurswechsel schaffen!

will, darf nicht an der falschen Stelle sparen.

Wir fordern: Bittet die Verursacher der Krise zur Kasse! Die bisher geplante Beteiligung des Bankensektors – ab 2012 jährlich zwei Milliarden Euro – macht gerade mal sieben Prozent des Sparpakets aus. Sicher ist gerade diese Beteiligung keineswegs. Ob die Bankenabgabe überhaupt kommt, steht in den Sternen. Im Unterschied zu den Sozialkürzungen; die hat Schwarz-Gelb schon fest verabredet.

Zusammenhalten statt spalten!

Gespart wird bei den Schwächsten

Das Sparpaket (das Wichtigste in Stichworten)

SOZIALES

- ▶ Aus Pflichtleistungen für Arbeitslose werden Ermessensleistungen (16 Mrd. €).
- ▶ Der Rentenbeitrag für Hartz IV-Empfänger wird gestrichen (7,2 Mrd. €).
- ▶ Der Zuschlag für den Übergang von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II wird abgeschafft (800 Mio. €).
- ▶ Das Elterngeld für Hartz IV-Empfänger entfällt (1,6 Mrd. €).
- ▶ Das Elterngeld für ehemals Beschäftigte wird reduziert (800 Mio. €).
- ▶ Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger wird gestrichen (400 Mio. €).

VERWALTUNG

- ▶ 10 000 Stellen sollen auf Bundesebene gestrichen und die Beamtenbezüge um 2,5 Prozent gekürzt werden; das Weihnachtsgeld 2011 wird nicht erhöht.

ÖKO-STEUERN

- ▶ Abschaffung von Vergünstigungen bei der Energiesteuer (5,5 Mrd. €). Das betrifft die energieintensiven Betriebe, ihre Stromsteuerbelastung würde sich verzehnfachen – das heißt: diese Regierung nimmt in Kauf, dass gute industrielle Arbeitsplätze und Standorte gerade in NRW verloren gehen. Im Klartext: Ausgerechnet Betriebe und Beschäftigte, die schon sehr umwelt- und ressourcenschonend produzieren, drohen die Verlierer zu werden.

UNTERNEHMENSSTEUERN

- ▶ Höhere Besteuerung der Kernenergie (9,2 Mrd. €) – noch fraglich.
- ▶ Bankenabgabe (6 Mrd. €) – noch fraglich.
- ▶ Abschöpfung des Bahngewinns (2 Mrd. €).
- ▶ Vorrang von Steuerforderungen bei Insolvenzen (2 Mrd. €) – kann Jobs kosten, wenn dadurch die Fortführung des Unternehmens gefährdet wird.

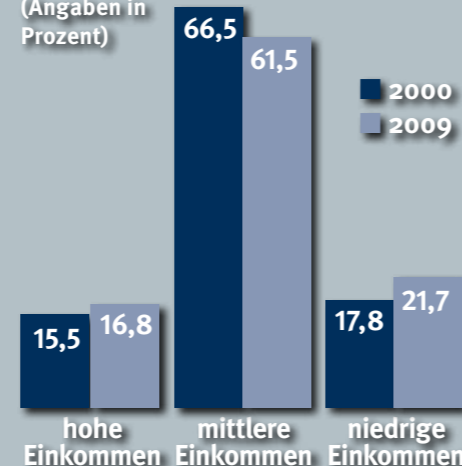
Einkommen: Die Kluft wächst

Die Zahl der Haushalte mit geringem Einkommen hat in den vergangenen zehn Jahren drastisch zugenommen – wie auch die Einkommensunterschiede

zwischen Armen, Mittelschicht und Besserverdienenden. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Mittelschicht schmilzt

Von allen Haushalten hatten (Angaben in Prozent)



Diesmal hagelt es **Kritik von allen Seiten**: Die Opposition im Deutschen Bundestag – Rot, Grün und Links – kritisiert das Sparpaket. Es protestieren die DGB-Gewerkschaften, die Kirchen und die Sozialverbände. Die Kritik am Sparkurs geht aber auch bis hinein in die Union. Selbst der CDU-Wirtschaftsrat fordert einen höheren Spitzensteuersatz, dasselbe tun Reiche und Prominente wie der Hamburger Reeder Peter Krämer, SAP-Mitbegründer Dietmar Hopp, Siemens-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme sowie die Rockstars Marius Müller-Westenhagen und Herbert Gröne-meyer.

Das wollen wir:

Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, statt Arbeitslose und Familien zu bestrafen, den Verursachern der Krise auch deren Lasten aufzubürden. Mit staatlichen Finanzhilfen wurden Banken gerettet, Finanzkreisläufe in Gang gehalten und Unternehmen am Leben erhalten. Das war richtig und sinnvoll. Jetzt geht es um die Frage, wer für den ange-richteten Schaden aufkommt. Wir brauchen einen Kurswechsel mit Investitionen in Zukunft, Bildung und Arbeitsplätze.

Wir fordern:

- ▶ eine gerechte Besteuerung hoher Einkünfte
 - ▶ eine Finanztransaktionssteuer
 - ▶ eine Vermögensabgabe
 - ▶ eine Gemeindefinanzreform
- Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!

Wir protestieren

Vom 1. bis 13. November finden bundesweit Aktionswochen gegen das schwarz-gelbe Sparpaket statt. Es gibt betriebliche und regionale Protestveranstaltungen. Am 13. November findet eine Kundgebung in den Dortmunder Westfalenhallen statt (siehe Seite 1).

Mehr Infos im Internet:

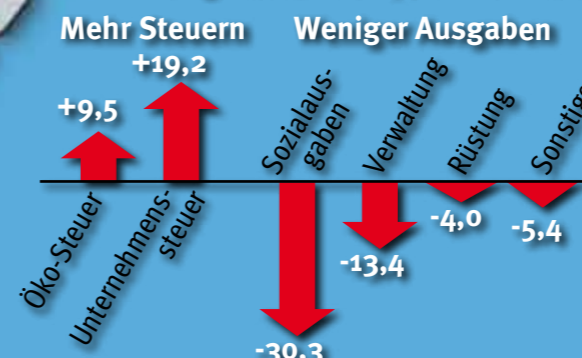
www.igmetall-nrw.de

und bei der IG Metall vor Ort.

„Annahme verweigert“: Dieser Aktion können sich alle Beschäftigten anschließen. Wir werden in den Betrieben die Erklärungen „Annahme verweigert“ – siehe die Doppelkarte zu diesem Flugblatt – einsammeln und in Berlin abgeben. Wir wollen mit unseren Aktionen ein Signal setzen: Eine gerechte Politik ist möglich. Wir haben Alternativen und machen konkrete Vorschläge. Und wir machen uns stark dafür, dass diese Vorschläge umgesetzt werden.

Schwarz-Gelber Sparwahn

Steuererhöhungen und Ausgaben-kürzungen 2011 – 2014 (in Milliarden Euro)



Das Sparpaket ist kein Aufbruch in eine neue Politik, sondern ein „weiter so“ – wie vor der Krise. Das Wirtschaftswachstum wird nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Unsere Alternative: Kurswechsel für Gerechtigkeit

Staatliche Maßnahmen zur Haushaltssanierung und ihre jährlichen Mehreinnahmen (in Milliarden Euro, geschätzt)

- +22,0 Steuerhinterziehung bekämpfen, den Steuervollzug verbessern
- +16,0 Vermögenssteuer wieder einführen
- +12,0 Finanztransaktionssteuer einführen
- +11,5 Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer ausbauen
- +6,0 Erbschaftssteuer gerechter machen
- +6,0 Kapitalertragssteuer nach persönlicher Leistungsfähigkeit erheben

+73,5

Der Hammer

Anfang 2010 ist das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Union und FDP in Kraft getreten: Die Koalition schüttete jede Menge steuerliche Wohltaten aus, allein das Steuergeschenk

an die Hoteliers kostet jährlich eine Milliarde Euro – ohne einen einzigen Arbeitsplatz zu schaffen. Insgesamt bescheren uns diese Wohltaten bis 2014 Haushaltslöcher von 35 Milliarden Euro! Anders ausgedrückt: Ohne dieses Gesetz wären alle Sozialkürzungen im Sparpaket überflüssig.

Stimmen zum Sparpaket



Aktion Sparpaket

Zusammen mit diesem Flugblatt wird eine Doppelkarte verteilt: Die obere Hälfte dient dazu, den Protest gegen das Sparpaket der Bundesregierung auszudrücken – „Annahme verweigert“. Wer will, kann

eigene Vorschläge für eine bessere Politik machen. Adressatin der Karte ist „Frau Angela Merkel, Bundeskanzleramt Berlin“. Die Protestkarten werden im Betrieb und auf öffentlichen Veranstaltungen eingesammelt, das heißt in Kartons geworfen. Alle Kartons werden zur Protestkundgebung am 13. November in Dortmund mitgebracht und medienwirksam präsentiert. Anschließend gehen sie auf die Reise nach Berlin und werden dort überreicht. Der untere Teil der Doppelkarte ist genauso wichtig: die Beitrittserklärung. Denn die IG Metall kann nur dann etwas bewirken, wenn viele Menschen hinter ihr stehen – je mehr, desto besser.



Absturz in Hartz IV

„Ich bin seit 1. Januar 2009 arbeitslos. Und obwohl ich 45 Berufsjahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt habe, bekomme ich nur zwei Jahre lang – bis Ende 2010 – Arbeitslosengeld I. Dann steht mein Absturz in

Hartz IV an, der Aufstockungsbetrag von monatlich 160 Euro im ersten und 80 Euro im zweiten Jahr soll ja gestrichen werden. Wie auch der Rentenzuschuss. Ich halte diese Regierung für unsozial, realitätsfremd und dreist. Sie gehört abgewählt!“

Werner Hagenbruck, 60, Oberhausen

Schlicht unverschäm

„Langzeitarbeitslose wie ich werden künftig nicht mehr rentenversichert sein; der Rentenbeitrag für Hartz-IV-Empfänger wird vollständig gestrichen, zuletzt hatte er wenigstens noch 40,80 Euro im Monat ausgemacht. Die Regierung rechtfertigt die Streichung so: Sie will, die Anreize zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ... stärken. Das ist eine Unverschämtheit sondergleichen. Ich nähme jede anständige Arbeit mit Kusshand. Von 359 Euro Hartz IV im Monat zu leben, ist weiß Gott kein Vergnügen.“

Heiko Burgschweiger, 53, Bielefeld



Familienunfreundlich

„Schwarz-Gelb will das Elterngeld von 67 auf 65 Prozent des letzten Nettoeinkommens kürzen. Dadurch lässt sich zwar sicher niemand von seinem Wunsch abbringen, Kinder zu kriegen, aber familienfreundlich ist diese Elterngeld-Kürzung nicht. Die Regierung sollte junge Familien unterstützen; nicht ihnen etwas wegnehmen.“

Claudia Wiegand, 42, Maschinenbautechnikerin bei Atlas Copco in Essen, mit Tochter Paula (1,5)

Sich wehren statt hinnehmen

„Die Beschäftigten sind ja von den Berliner Spaßmaßnahmen bislang kaum betroffen; Schwarz-Gelb holt sich das Geld bei den Schwächsten, den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Aber dabei wird es nicht bleiben, die Sparwut der Regierung frisst sich von den Rändern der Gesellschaft in die Mitte. Wer heute nicht betroffen ist, kann es morgen sein. Deshalb: Wehret den Anfängen,



wir müssen jetzt auf die Straße gehen! Leider gibt es eine weit verbreitete Politikverdrossenheit, das Gefühl, ‚ich kann eh nichts ändern‘. Die Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren, wird ein hartes Stück Arbeit. Wir müssen allen begreiflich machen, wie schnell man selbst betroffen sein kann – nach zwölf Monaten bist du auf Hartz IV.“

Jörg Kannapin, 40, und Ulli Windmüller, 55, Konzernbetriebsratsvorsitzender beziehungsweise Betriebsratsratsvorsitzender von Dorma (Türschließsysteme) in Ennepetal bei Gevelsberg

Höhere Stromsteuer gefährdet Stahl-Arbeitsplätze

„Die Steuerermäßigungen für energieintensive Unternehmen, die Berlin streichen will, sind keine Wohltaten. Sondern aus der



Not geboren, sie dienen der Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen in Europa. Würde die Stromsteuer erhöht, wären unsere Wettbewerbsfähigkeit gefährdet und 550 Arbeitsplätze allein in der Flüssigphase

am Standort Krefeld. Das macht mir große Sorgen. Edelstahl ist ein unverzichtbarer Werkstoff; wir brauchen ihn nicht nur, um Bierfässer, Küchen und Skalpelle zu fertigen, sondern auch, um Anschluss an die technologische Zukunft zu halten.“

Bernd Kalwa, 60, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Thyssen-Krupp Nirosta, Krefeld

Steuerentlastung beibehalten!

„In der Aluminiumindustrie machen die Stromkosten einen erheblichen Teil der Produktionskosten aus. Deshalb sage ich: Wer weiter an der Stromsteuerschraube dreht, stellt den Industriestandort Deutschland in Frage. Für unsere Arbeitsplätze sehe ich dann auch schwarz. Dabei ist Aluminium ein sehr umweltfreundliches Metall – es ist endlos recycelbar und verbraucht bei der Wiederverwertung nur einen Bruchteil der ursprünglichen Energiekosten.“

Ernst Schumacher, 51, Betriebsratsvorsitzender von Hydro Aluminium in Grevenbroich bei Neuss



IMPRESSUM: IG Metall-Bezirksleitung NRW. Verantwortlich: Oliver Burkhard. Text: Norbert Hüsson. Layout: zang-design. Fotos: Thaut Images – Fotolia.com (IM). Claus-Portraits, Harold Henke, Jamina Hirsch, Norbert Hüsson, Tanja Pickartz, Thomas Ränge, Westfalenhallen Dortmund. Illustration: Robert Stern. Infografiken: Klaus Niesen. Druck und Vertrieb: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt.